

Noch mehr Wachstum und Beschäftigung

Ambitionierte Weichensteller

Der Aufschwung in Deutschland steht auf einem soliden Fundament. Trotz vorsichtiger Prognosen kommt die christlich-liberale Bundesregierung in ihrem Jahreswirtschaftsbericht zu einem klaren Schluss: Schon in diesem Jahr wird die Wirtschaftsleistung das Niveau von 2008 erreichen. Die Zahl der Arbeitslosen ist unterdessen weiterhin historisch gering.

Fast inflationär wird das Bild verwendet, nach dem jemand oder etwas „gestärkt aus einer Krise hervorgeht“. Was allerdings die Deutschen und die schwerste Wirtschaftskrise der Nachkriegsgeschichte angeht, so trifft es voll und ganz zu. In der Tat ist die Arbeitslosigkeit heute niedriger als 2008, und auch weitere Indikatoren zeigen an: Bei Wachstum und Beschäftigung ist in der Bundesrepublik ein Schub nach vorne gelungen wie selten zuvor. Dies unterstreicht einmal mehr der am Mittwoch vom Bundeskabinett verabschiedete Jahreswirtschaftsbericht. Aus ihm geht hervor, dass die unionsgeführte Bundesregierung mit ihrem weltweit einmaligen Mix aus Maßnahmen zur Krisenbekämpfung richtig lag: Abwrackprämie, Kurzarbeitergeld und Co. haben ihren Dienst getan, die Union ihren Ruf als Vorkämpfer für die Zukunft des Landes gefestigt. Hans-Peter Friedrich, der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, unterstreicht: „Die Krisenbewältigung ist eine Mannschaftsleistung, an der die Tarifparteien einen großen Anteil haben.“ Und er betont: „Der Bericht ist ein eindrucksvoller Beweis für die richtigen Weichenstellungen der christlich-liberalen Koalition.“

Doch die christlich-liberale Koalition gibt sich damit nicht zufrieden. Stattdessen blickt sie nach vorne und lotet Wege zu noch mehr Wachstum und Beschäftigung aus. Denn schon bei einer vorsichtig geschätzten Wachstumsrate von

real 2,3 Prozent wird die gesamtwirtschaftliche Leistung bereits im laufenden Jahr das Niveau von vor Ausbruch der Krise erreichen. Die Arbeitslosenzahl wird im Jahresdurchschnitt voraussichtlich die Grenze von drei Millionen unterschreiten. Das Ziel der Vollbeschäftigung rückt somit näher. Das hat zur Folge, dass alle Bürgerinnen und Bürger vom Aufschwung profitieren: Arbeitslose, denen sich Beschäftigungsperspektiven eröffnen, und ihre Familien; Erwerbstätige, deren Arbeitsplätze gesichert sind und die mit realen Lohnzuwächsen rechnen können; und schließlich auch alle Rentner, deren Einkommen an die Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Lohnsumme gekoppelt ist. Aufgrund der positiven Entwicklung rechnen Experten damit, dass Deutschland 2011 erstmals wieder die Euro-Stabilitätskriterien erfüllen und somit zum Vorbild in Europa wird.

Wirtschaft hat sich voll erholt

Wie das Institut der deutschen Wirtschaft ermittelte, rechnen auch viele Arbeitgeber mit zusätzlichen Jobs im neuen Jahr. Außerdem gaben 89 Prozent der befragten Wirtschaftsverbände an, dass die Stimmung in ihren Mitgliedsunternehmen besser sei als vor einem Jahr. Das sähe unter dem oppositionellen Linksbündnis anders aus: Die Gegenvorschläge von Rot-Rot-Grün – etwa die massive Verschärfung des Tarifverlaufs bei der Lohn- und Einkommensteuer oder die Einführung einer betrieblichen und privaten Vermögensteuer – wären Gift für Wachstum und Beschäftigung.

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Heilig-Drei-König-Veranstaltung mit Hessens Ministerpräsident Bouffier hat gezeigt: Der Bayerische und der Hessische Löwe müssen ihre Krallen zeigen, denn die Bürger beider Bundesländer müssen zahlen für die Wohltaten in SPD-Bundesländern, die sie selbst in Bayern und Hessen nicht genießen können. Jeder Bayer zahlte im Jahr 2009 rechnerisch rund 270 Euro pro Jahr und jeder Hesse 316 Euro. Insgesamt flossen so knapp drei Milliarden Euro allein an das Bundesland Berlin. Davon hat Herr Wowereit in Berlin jetzt drei Kindergartenjahre für die Eltern kostenfrei gestaltet und lässt sich dafür feiern. Gleichzeitig muss ein durchschnittsverdienendes Münchner Ehepaar 202 Euro im Monat für ein Kind im Kindergarten bezahlen. Das geht so nicht!



Deutschland ist wieder da als Land des Wirtschaftswunders. Seit dem Amtsantritt der unionsgeführten Bundesregierung ist die Erwerbslosenzahl um eineinhalb Millionen gesunken – und das trotz der schwersten Wirtschaftskrise seit drei Generationen. Aber drei Millionen Arbeitslose sind immer noch drei Millionen Arbeitslose zu viel. Wir können nicht die Türen und Tore für Zuwanderer aus aller Welt öffnen. Wir wollen keine massenhafte Zuwanderung in die Sozialsysteme.

Zuwanderung wirkt wie eine Droge. Statt nach immer mehr Zuwanderung zu rufen, weil die Deutschen dynamisch aussterben, brauchen wir wieder ein Gleichgewicht der Geburten und Todesfälle in Deutschland so wie es uns Frankreich vormacht. Wir müssen eine Familienpolitik gestalten, bei der Kinder willkommen sind in Deutschland.

Mit freundlichen Grüßen



Johannes Singhammer MdB

Politik aus christlicher Verantwortung

„Kraft für unsere Arbeit“

Große Ehre für die CSU im Deutschen Bundestag: Papst Benedikt XVI. empfing vergangene Woche eine Delegation der Christsozialen im Vatikan. Die Begegnung war Benedikts erster Termin mit deutschen Politikern im neuen Jahr. Im Mittelpunkt standen aktuelle politische Fragen, aber auch der für September angekündigte Besuch des Pontifex in Deutschland.

Die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag setzt auf einen engen Austausch mit den christlichen Kirchen. Am Mittwoch der vergangenen Woche traf eine Delegation christlich-sozialer Abgeordneter im Vatikan zu einer persönlichen Begegnung mit dem Heiligen Vater, Papst Benedikt XVI., zusammen. Der Vorsitzende der CSU im Deutschen Bundestag, Dr. Hans-Peter Friedrich, betonte die übergeordnete Bedeutung der Zusammenkunft: „Die Begegnung mit dem Heiligen Vater hat uns tief bewegt und war für uns alle eine außerordentliche Erfahrung. Sie gibt uns Kraft und neue Impulse für unsere Arbeit als Christen in der Politik.“

Der Landesgruppenchef hob hervor, wie engagiert die CSU dafür eintritt, dass der Religion im

öffentlichen Raum weiterhin der Platz zukommt, der ihrer Bedeutung entspricht. „Der Glaube dient als wichtiges Element der Orientierung



Papst Benedikt XVI. empfängt Dr. Friedrich

und des Maßstabs in Staat und Gesellschaft. Er stärkt uns bei den oft schwierigen Entscheidungen, die wir als politische Verantwortungsträger zu treffen haben wie beispielsweise zur Präimplantationsdiagnostik.“ Doch nicht nur aktuelle politische

Fragen kamen bei der Begegnung zwischen Benedikt XVI. und den acht Bundestagsabgeordneten zur Sprache. Die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag drückte auch ihre Vorfreude auf den Deutschland-Besuch des Heiligen Vaters im September aus. Die Reise wird Benedikt dieses Mal nicht nach Bayern führen. Die CSU-Bundestagsabgeordneten, die alle Wahlkreise des Freistaats vertreten, werden ihn jedoch in der Bundeshauptstadt Berlin willkommen heißen können.

Am Vorabend der Begegnung waren die CSU-Abgeordneten zum Auftakt der Kurzreise zu einem Gedankenaustausch mit hochrangigen Würdenträgern der Kirche, darunter Kardinal Walter Brandmüller und Kardinal Walter Kasper, zusammengetroffen.

Diese Woche

Noch mehr Wachstum und Beschäftigung Ambitionierte Weichensteller	1
Politik aus christlicher Verantwortung „Kraft für unsere Arbeit“	2
Straßenschäden werden unbürokratisch behoben Freie Fahrt ins neue Jahr	2
Bundestag bestärkt Ilse Aigner in ihrer klaren Haltung „Dieser Skandal wird Konsequenzen haben!“	3
Eine Million Menschen mit Trinkwasser versorgt Großer Einsatz, noch größere Wirkung	4
Gebühren für Geldabhebungen werden nun angezeigt Das dicke Ende hat ein Ende	4

IMPRESSUM:

Verantwortlich für Seite 1:
Der jeweils unterzeichnende Abgeordnete

Redaktion: Tassilo Wanner
11011 Berlin · Platz der Republik 1

Telefon: (030) 227 - 70212
Telefax: (030) 227 - 76712

e-mail: bab@cducsu.de
internet: www.csu-landesgruppe.de

Straßenschäden werden unbürokratisch behoben

Freie Fahrt ins neue Jahr

Eine entschlossene Antwort auf den harten Winter fand Verkehrsminister Dr. Peter Ramsauer: Dieses Jahr stellt er nochmals mehr Geld zur Beseitigung von Straßenschäden zur Verfügung. Gleichzeitig wies er die zuständigen Bundesländer an, die Schäden zeitnah und vorrangig zu beheben.

Zum zweiten Mal in Folge ermöglicht die unionsgeführte Bundesregierung die rasche Beseitigung von Straßenschäden nach einem außergewöhnlich harten Winter. Hinter dem starken Engagement des Bundes steht Verkehrsminister Dr. Peter Ramsauer. Der ehemalige Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag handelte unverzüglich und konnte somit bereits am Mittwoch und mithin Mitte Januar eine vorläufige Bilanz über die Auswirkungen des Wintereinbruchs auf den Verkehr ziehen. Darin stellt Ramsauer fest, dass der Verkehr auf den Bundesstraßen bisher trotz widrigster Bedingungen weitestgehend aufrechterhalten werden konnte. Bezüglich der Straßenschäden hebt Verkehrsminister Ramsauer das be-

sondere Engagement der unionsgeführten Bundesregierung hervor: „Der Bund hat in den letzten beiden Jahren den Ländern für die Erhaltung der Autobahnen und Bundesstraßen so viel Mittel wie noch nie zur Verfügung gestellt.“ Trotz des Auslaufens der Konjunkturprogramme zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise steigere der Bund seine Ausgaben für die Erhaltung der Bundesstraßen noch einmal auf nun 2,2 Milliarden Euro. Auch dieses Jahr richtet Ramsauer sein Augenmerk auf die baldige Beseitigung der Frostschäden. Das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung wird die Länder deshalb – wie im letzten Jahr – anweisen, mit den Erhaltungsmitteln vorrangig die Frostschäden an den Bundesfernstraßen zu beseitigen.

Bundestag bestärkt Ilse Aigner in ihrer klaren Haltung

„Dieser Skandal wird Konsequenzen haben!“

Für eine Ministerin hatte die politische Weihnachtspause früher geendet: Verbraucherschutzministerin Ilse Aigner stellte in den vergangenen zwei Wochen ihre Qualitäten im Krisen-Management unter Beweis. Aigner stoppte nicht nur sofort die Dioxin-Belastung in der Futtermittelkette, sondern blickte gleichzeitig auch in die Zukunft. Zur Vermeidung ähnlicher Vorfälle nimmt sie alle zuständigen Ebenen in die Pflicht.

Der Deutsche Bundestag stützt Ilse Aigners klaren Kurs im Dioxin-Skandal. Anlässlich einer Regierungserklärung der Verbraucherschutzministerin wurde deutlich: Die Verbraucherinnen und Verbraucher in Deutschland können auf Frau Aigners Weg der rückhaltlosen Aufklärung und verantwortungsvollen Prävention vertrauen. Zuvor hatte die Bundesministerin gegenüber ihren Länderkollegen, die für die Lebensmittelkontrolle zuständig sind, ein koordiniertes und entschlossenes Vorgehen durchgesetzt: „Egal, wer zuständig ist“, so Frau Aigner, „die Verbraucher wollen Entscheidungen für ein Höchstmaß an Sicherheit bei Lebensmitteln.“ Daher habe sie – das habe „Kraft gekostet“ – dafür gesorgt, dass alle Zuständigen in den Ländern nun an einem Strang ziehen.

Im Deutschen Bundestag dankten zahlreiche Redner Frau Aigner für ihr Engagement und ihr hartes Durchgreifen. Viel Lob erhielt die oberste Verbraucherschützerin auch für den tags zuvor – gemeinsam mit ihren Länderkollegen – vorgelegten 14-Punkte-Plan zur Prävention ähnlicher Vorfälle. Darin heißt es etwa unmissverständlich: „Futterfette dürfen nur in Anlagen hergestellt und behandelt werden, in denen ausschließlich Stoffe für die Lebensmittel- und Futtermittelindustrie produziert werden.“ Auch die räumlich getrennte Lagerung und der spezielle Transport solcher Futtermittel werden darin vorgeschrieben. Dieser Aktionsplan besticht nicht nur durch die umfassende Bearbeitung aller wichtigen Aspekte der Futter- und Nahrungsmittelsicherheit. Vielmehr einigten sich die Minister unter der Führung Frau Aigners auch auf präzise Fristen zur Umsetzung der beschlossenen Ziele, davon zwölf Mal auf das laufende Jahr. Selbst Maßnahmen, für die die EU zuständig ist, wird Frau Aigner noch im Januar sowohl im Europa-Parlament als auch im zuständigen Ministerrat anregen.

Das oppositionelle Linksbündnis manövrierte sich in der Debatte durch unhaltbare Forderungen selbst ins



Bild: Steffen Kugler / Bundesregierung

Abseits. Dass etwa Renate Künast, die sich in arroganter Verachtung des Wählerwillens schon als Berliner Bürgermeisterin fühlt, knapp fünf Jahre lang Verbraucherschutzministerin war und dennoch keine der nun von ihr

geforderten Initiativen ergriffen hatte, versuchte Rot-Rot-Grün zu übertünchen. Auch die SPD hatte sich in den Tagen vor und während der Debatte nicht mit Ruhm bekleckert. So hatten die Sozialdemokraten Frau Aigner etwa aufgefordert, Rechenschaft abzulegen, als sie ihre Maßnahmen bereits im zuständigen Parlamentsausschuss erläuterte.

In diesem Sinn hoben die Redner der Koalitionsfraktionen das rasche und zielstrebige Krisen-Management der Ministerin hervor. Sie habe genau in der richtigen Reihenfolge gehandelt, als sie die Schwachstellen in der Futtermittelkette sofort eingrenzte, gleichzeitig aber bereits Lieferwege überprüfte sowie dafür Sorge trug, dass solche Vorfälle künftig unwahrscheinlicher werden.

++++ Blick nach links ++++ Blick nach links ++++

Belastendes...

Altlasten personeller Natur kamen dieser Tage einmal mehr in den Reihen der Neo-Kommunisten der Linkspartei ans Tageslicht. Kein geringerer als der Büroleiter der Parteichefin Löttsch war ehemaliger Mitarbeiter der DDR-Staatssicherheit. Besonders brisant: Er war nicht „nur“ Inoffizieller Mitarbeiter, wie es etwa im vergangenen Jahr von Löttschs Ehemann bekannt geworden war. Vielmehr hat der Chefberater der Parteichefin jahrelang als Hauptamtlicher gedient – und zwar im Elite-Wachregiment der Stasi. Bereits der Vater des Büroleiters war Vorsitzender des DDR-Rundfunkkomitees. Nach Einschätzung des Direktors der Stasi-Gedenkstätte Hohenschönhausen, Hubertus Knabe, gehörte die Familie zur „sozialistischen Aristokratie der DDR.“ Die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag forderte die Überprüfung aller Linken-Mitarbeiter.

...Erbe

Altlasten inhaltlicher Natur kamen dieser Tage einmal mehr in den Reihen der Quasi-Sozialisten der SPD ans Tageslicht. Das angebliche „Fortschrittsprogramm“ der Partei von gestern entpuppt sich mehr und mehr als Schnee von vorgestern. Das zum Jahresbeginn vorgestellte Papier, von Marketing-Spezialisten bis ins Letzte geschliffen, wärmt zwar seitensweise Umverteilungsparolen aus dem Kalten Krieg auf, erwähnt das Internet aber an keiner Stelle. Von Fortschritt keine Spur! In die Schlagzeilen schafften es die Sozis daher nur mit ihren dreisten Forderungen nach mehr Umverteilung. Dafür wollen sie das Ehegattensplitting streichen, Rücklagen im Gesundheitssystem plündern sowie eine private und gewerbliche Vermögenssteuer einführen. Kein Wunder, dass die Mehrheit der Deutschen laut Umfrage die SPD für „nicht fortschrittlich“ hält.

Eine Million Menschen mit Trinkwasser versorgt

Großer Einsatz, noch größere Wirkung

Der zivile Wiederaufbau Afghanistans kommt voran. Insbesondere Lebensbedingungen vieler Menschen in dem zentralasiatischen Land haben sich deutlich verbessert. Die christlich-liberale Koalition bekennt sich zu einer längerfristigen entwicklungspolitischen Verantwortung für Afghanistan, knüpft ein weiteres Engagement aber an Bedingungen.

Eine Million Menschen haben in den Städten Afghanistans dank deutscher Hilfe eine bessere Trinkwasserversorgung, fast genau so viele Menschen profitieren von einem verbesserten Zugang zu Strom. Tausende von Haushalte erhalten durch den Aufbau einer Mikrofinanzbank zum ersten Mal Kredite, die ihnen helfen, kleine Unternehmen zu gründen und sich damit eine Lebensgrundlage zu schaffen. Mädchen und Jungen können erstmals in die Schule gehen. Diese Erfolge des großen Einsatzes deutscher ziviler Aufbauhelfer, aber auch ein kritischer Ausblick auf die Zukunft Afghanistans waren am Freitag Gegenstand einer ausführlichen entwicklungspolitischen Debatte im Deutschen Bundestag. Redner von CDU und CSU machten dabei deut-

lich: Die deutsche Entwicklungspolitik hat ihre Hausaufgaben gemacht. Das belege nicht nur der im Dezember vorgelegte Fortschrittsbericht der



Hoffnung für die Zukunft: Mit deutschen Mitteln gebaute Schule in Afghanistan

Bundesregierung, sondern auch die Situation vor Ort. In der Debatte wurde deutlich, wie wichtig es ist, dass die Entwicklungsgelder direkt bei der

Bevölkerung ankommen. Damit leiste die Entwicklungspolitik einen Beitrag zur Eindämmung radikaler Kräfte und zur Prävention von Terrorismus.

Dennoch bleiben viele Aufgaben bestehen. Wegen des geringen Entwicklungsstandes zu Beginn des internationalen Engagements bleibt es eine langfristige Aufgabe, in der Breite nachhaltig gute Lebensbedingungen zu erreichen. Daher erklärten sich Vertreter der christlich-liberalen Koalitionsfraktionen zu einem längeren Engagement in Afghanistan bereit. Voraussetzung dafür sei allerdings die vollständige Kooperation der afghanischen Regierung beim Kampf gegen Korruption und Drogenanbau sowie im Sinne einer guten Regierungsführung.

Gebühren für Geldabhebungen werden nun angezeigt

Das dicke Ende hat ein Ende

Gute Nachricht für alle Bank-Kunden: Seit Mitte Januar herrscht am Geldautomaten mehr Transparenz. Eventuelle Gebühren für die Abhebung werden neuerdings vor der Transaktion angezeigt. Erscheinen sie dem Kunden zu hoch, kann dieser die Abhebung abbrechen. Verbraucherschützer sagen sinkende Gebühren voraus.

Wer vor dem vergangenen Samstag auf die Schnelle Bargeld benötigte und es am Geldautomaten abhob, erlebte nicht selten ein dickes Ende: Wochen später grüßte eine fremde Bank vom Kontoauszug; eine stattliche Gebühr für die Auszahlung war einbehalten worden. Seit dem 15. Januar ist mit dieser Überraschung Schluss: Fallen Kosten für die Abhebung an, müssen diese dem Kunden vor der Transaktion genannt werden. Damit haben Verbraucherinnen und Verbraucher die Möglichkeit, die Abhebung abzubrechen und eine andere Bank zu wählen. Experten erwarten von dieser Regelung, für die sich Verbraucherschutzministerin Ise Aigner stark

gemacht hatte, sinkende Gebühren. „Wenn Kunden sehen, dass es bei einem Institut sehr teuer ist, werden sie zu einem anderen gehen.“ Laut einer repräsentativen Umfrage werden 89 Prozent der Bundesbürger die

neue Gebührenanzeige nutzen, um gezielt kostenfreie Anbieter zu nutzen.

Grundsätzlich empfiehlt es sich, Abhebungen bei Banken vorzunehmen, die zum Netzwerk der Haus-



Dr. Hans-Peter Friedrich begrüßte am Donnerstag eine Abordnung der Regensburger Domspatzen in Deutschen Bundestag. Am Vorabend war der weltberühmte Chor unter der Schirmherrschaft des Bayerischen Ministerpräsidenten im Berliner Konzerthaus aufgetreten.

bank gehören. Dort ist die Auszahlung jeweils kostenlos. In Deutschland existieren vier solcher Banken-Gruppen. So haben sich etwa die großen Banken zur „Cash Group“ und die kleineren Privatbanken zum „Cash Pool“ zusammengeschlossen. Kostenloses gegenseitiges Abheben ist außerdem für alle Kunden der Sparkassen möglich. Auch alle Volks- und Raiffeisenbanken erlauben ihren Kunden jeweils gegenseitig kostenlose Auszahlungen.